

Er erscheint täglich  
nachmittags mit Ausnahme der  
Sonntage und Feiertage.

Abonnementpreis  
monatlich 30 Pf., jährlich 3.60 Pf.  
Frankfurt a. M. durch  
die Post 3 Pf. zuzüglich 1.65 Pf.

„Die Neue Welt“  
(Unterhaltungsbeilage), durch  
die Post nicht beschaffbar, kostet  
monatlich 10 Pf., jährlich 90 Pf.

# Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Raumburg-Weißeneis-Zeitz,  
Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Geißeustraße 21, erster Hof pastorens rechts.

Telegraph-Adresse: Volksblatt Halle/Saale.

Nr. 9.

Dienstag den 12 Januar 1897.

8. Jahrg.

## Wer eine ankündigende Ansicht äußert, ist Sozialdemokrat.

Durch nichts geben unsere Gegner unausgesprochen mehr zu, daß sie unsere Forderungen für berechtigt halten, als dadurch, daß sie jede Person, Mann oder Weib, die gegen verrottete Verhältnisse sich aussprechen oder neues Gutes bahnen oder mutig dem Schwachen gegen den Starken stehen, Flugs den Vorwurf erheben, er sei Sozialdemokrat. Leider trifft das in den wenigsten Fällen zu; aber recht bezeichnend ist es doch jedenfalls, daß das Ordnungsgesetz der Herrschaft, der Recht, Wahrheit und Fortschritt und gegen Gewalt, Unterdrückung und Verrottung eintritt, zu einem „Roten“, einem Sozialdemokraten stempelt. Selbst dem treuzüchtigen Professor Delbrück ist es jetzt so gegangen.

Er hatte in den Preuß. Jahrbüchern die sehr vernünftige Forderung an die Regierung gerichtet, das Unternehmertum nicht mehr zu unterstützen und den Arbeitern volle Vereinigungsfreiheit zu gewähren, der Ungnade des Herrn v. Stumm zu trotzen und die Vorteile, die die Sozialdemokraten davon haben würden, ruhig in den Kauf zu nehmen; denn Bildung und Wissenschaft ständen auf Seite der Arbeiter, nicht auf der der Unternehmer.

Ueber diese die Anerkennung aller vernünftigen und ehrlich denkenden Menschen verdienende Anerkennung ist das Hamburger Bismarckorgan, die Hamb. Nachr., in helle Wut geraten, die sich sehr leicht hinter folgenden spöttisch angehauchten Bemerkungen verbirgt:

„Wir nehmen an, daß die Sozialdemokraten Herrn Delbrück nunmehr als einen der übrigen betrachten werden. Wir unterziehen ihnen den Versuch des „Genossen“ Delbrück, Bildung und Wissenschaft gegen die produktiven Stände, gegen das Unternehmertum in Industrie, Landwirtschaft und Handel aufzugeben, für ebensoviel wie ausichtslos. Bildung und Wissenschaft haben gleiches Interesse wie der Staat selbst daran, sich der von Herrn Delbrück vorgeschlagenen Sozialisierung der Betriebe und der damit verbundenen Proletarisierung der Bevölkerung zu widersetzen. Im übrigen liefert das Auftreten des Herrn Delbrück einen neuen Beweis, daß der Professorensozialismus notwendig zur Sozialdemokratie führt und daß es im Interesse von Staat und Gesellschaft erforderlich ist, der zunehmenden Vergiftung der akademischen Jugend durch die geistesverderblichen Ideen einiger doktrinärer Professoren, die vom wirklichen Leben nichts wissen, in zweckmäßiger Weise vorzubeugen.“

In dieser Anklage offenbart sich wieder einmal die ordnungspolitische Verächtlichkeit und Brutalität der Bismarckischen Heeres. Es darf nur jemand wagen, die Rechte und Freiheiten des arbeitenden Volkes gegen eine insame Verengungsmaßnahme zu verteidigen und der offensüchtigen Wahrheit die Ehre zu geben, so wird er zum „Genossen“ der „Unstürmer“ gestempelt und so er ein Gelehrter ist, als „sozialdemokratischer Wühlmacher“ hingestellt. Was Herr Professor Delbrück fordert und konstatiert, das verrät nicht einen vom wirklichen Leben abgewandten Professorensozialismus, sondern eine streng sachliche Aufklärung und Beurteilung der Thatfachen; er spricht nicht als „Doktrinär“, sondern als entzückender Gegner jenes ordnungspolitischen Doktrinarismus, der in rücksichtsloser Mißachtung und Unterdrückung des arbeitenden Volkes und in der grundsätzlichen Verachtung der herrschenden Interessen die höchste „staatsverhaltende“ Weisheit sieht. Selbstverständlich stimmen die konservativen und national-liberalen Blätter dem Bismarck-Organ bei. Damit orientieren die letzteren den ultramonarchischen „Ordnungspolitiker“ vor die Klänge. So schreibt, einen Streich gegen die „liberale Wissenschaft“ zu führen, die Germania:

„Wir überlassen den „Genossen“ Delbrück ganz gern den „Sozialdemokraten“, und interessieren an der Anklage der Hamburger Nachrichten nur der Schlußpostus, daß es im Interesse von Staat und Gesellschaft erforderlich ist, der zunehmenden Vergiftung der akademischen Jugend durch die sozialdemokratischen Ideen einiger Professoren vorzubeugen. Nun, wenn dem so ist, dann ist es auch im Interesse von Staat und Gesellschaft erforderlich, der zunehmenden Vergiftung der akademischen Jugend durch die ungläubigen Ideen nicht einiger, sondern sehr vieler Professoren vorzubeugen, zumal auch diese zur Sozialdemokratie überleiten. Wenn wir dies fordern, wird dies von liberaler Seite als ein Aktentat auf die freie Wissenschaft erklärt.“

Die Herren mögen sich nur keinen Zwang anthun. Gerade so gefallen sie uns am besten.

## Tagesgeschichte.

**Der Eisenbahnetat** schließt für nächstes Jahr mit mehr als einer Milliarde in Einnahme ab. Das preussische Bahnetat umfaßt nach dem Hinzutreten der hessischen Bahnen 29 197 Kilometer. An Ueberüberschuss für nächstes Jahr vorgezogen sind 286 1/2 Millionen Mark, das sind ziemlich 47 1/2 Millionen Mark mehr als im laufenden Jahre. Also dazu müssen Zehntausende von Bahnarbeitern mit einem Hundelohne zufrieden sein, damit fast 300 Millionen erlöhrt und dem Militärarmut in den Taschen geworfen werden. Und da giebt's noch Eisenbahner, die einem Militär- oder Kriegervereine ansehören!

**Auch die Pfaffen** wünschen eine Gehaltserhöhung. Die fromme Kreuzzeitung legt sich dafür mit großer Wärme ins Zeug. „Ihr löst nicht Schätze sammeln auf Erden, da sie die Moten und der Rost freissen“, steht in der Bibel. Wenn die Herren Geistlichen klug sind, lassen sie den Wunsch nach mehr Gehalt nicht allzu laut werden, sonst wird das Volk einmal abblödseln, was ihre Arbeit eigentlich wert ist. Wer in der Woche sechs Tage lang nichts zu thun hat und am siebenten nicht viel, kann schon mit dem zufrieden sein, was er als Geistlicher bekommt.

**König Ludwig II. von Bayern**, der Urheber des Kaiserthums, insofern er es war, der im Namen der deutschen Fürsten Ende 1870 dem König von Preußen die deutsche Kaiserkrone anbot, schrieb nach der ersten Aufführung der Oper „Tristan und Isolde“ an Richard Wagner folgenden Brief:

„Gehabener göttlicher Freund!  
Kaum kann ich den morgigen Abend erwarten, so sehe ich mich nach der zweiten Vorstellung schon jezt. Sie schreiben an Pfeffermüller. Sie hoffen, dass meine Liebe zu Ihrem Werke durch die in der That etwas mangelhafte Aufführung der Rolle des Arminius von Seiten Ritterburgers nicht nachlassen möge! — Geküßelter! Wie konnten Sie nur diesen Gedanken sich aufkommen lassen! Ich bin begeistert, ergriffen. Entbrenne in Sehnsucht nach wiederholter Aufführung!“

„Dies wunderbare Werk!  
Sich um Dein Werk zu kümmern!  
Was dir'st es sehr, was erkennen, ohne fertig zu preisen?  
Das so herrlich, hoch, erhaben mit der Seele mußte leben!  
— Heil seinem Schöpfer, Anbetung ihm! — Mein Freund, wollen Sie die Güte haben, dem treustlichen Künstlerpaar zu sagen, daß seine Leistung mich erregt und begeistert hat, meinen herzlichsten Dank, wollen Sie ihn den selben Herrn und Frau Schwarz) künden? Ich bitte Sie, erlauben Sie mich bald mit einem Besuche! — Nicht wahr, mein treuer Freund, der Mut zu neuem Schaffen wird Sie nie verlassen, im Namen seiner, bitte ich Sie, nicht zu veragen. In der Sie mit Ihnen erfüllen, bis frech mit Geist vertheilt! Sie und Gott! Bis in den Tod, uns wieder nach jenem Heide bei. Mit einem nach, bleibe ich  
Ihr  
treuer Ludwig.“

Berg, den 12. Juni 1881  
Adr.: Dem Herrn und Londoner  
Richard Wagner.

Man sieht, in diesem unglücklichen Fürsten war damals schon der Wahnsinn entwickelt — und das war fünf und ein halbes Jahr, ehe er Geburtshelfer des deutschen Kaiserthums wurde.

**Wegen „Vergehens wider die Religion“** hatte die Weisinghoberswitwe Luise Götz in Nürnberg vor der Strafkammer zu verurtheilt. Die Benannte, die schon 149 Mal, darunter oft wegen groben Unfugs, bestraft worden ist, hatte am 19. Dezember bei einer Vertheidigung auf dem Centralfriedhofe, ehe der Geistliche die Einlegung begann und getebe, als der Sängerkhor genügt hatte, laut ausgerufen: „Wo ist der Pfaff? wenn der nicht hergeht, lege ich ein; so begräbt man keinen Hund.“ Die Anklage, die nach Angabe von Zeugen in nächster Näh des Geistlichen stand, bezaupte heute, diesen nicht gehen zu haben. Das Urteil lautete auf vier Monate Gefängnis. Die schabhafte Anklage wird nun darüber bestrit sein, daß man dem „Pfaff“ nicht ins Pandert pfuschen darf.

**Das wäre dienlicher.** Vor zwei Jahren, sagt die „Frankf.“, zig fiktive der Prinzregent von Bayern eine bronzenen Medaille des Verdienstordens vom heiligen Michael zu den: Zwede der Verleihung an gutaussehene, brave Arbeiter. Der diesmalige Neuzugabeorden brachte eine Anzahl solcher Medaillen. Herorgegeben zu werden verdient, daß auch eine Arbeiterin defloriert wurde: die Sophie Bühler in der Feinmädchens Zuschußfabrik in Nürnberg. In der Ordensliste wird also die weibliche Fabrikarbeit als vollwertig anerkannt, im Veramlungswesen, in Koalitionsstreik aber nicht. Es wäre Fabrikarbeiterinnen aber ganz gewiß dienlicher, wenn man in Bayern die Prokt ungeschickt üben und zunächst einmal für Koalitions- und Veramlungsfreiheit sorgen wollte! — Sehr richtig.

**Wit der Verjährung** an Prekerleben hat sich das Amtsgericht I in Berlin zu beschäftigen gehabt und dabei die neue Theorie verworfen, wonach die Verjährung erst beginnt, wenn das letzte Exemplar des betreffenden Prekerzeugnisses verkauft ist. Es herrscht — so sagt das Amts-

Infektionsgebäude  
betritt für die Spelkulten  
Beitragte oder deren Raum  
15 Pf., für Wohnungsbau,  
Bereins- und Reklamations-  
angelegenheiten  
Die redaktionelle Zeile  
kostet die Seite 50 Pf.  
Interesse für die fällige  
Nummer müssen hütetens bis  
sonnntags 1/10 Uhr in der  
Expedition aufgegeben sein  
Eingetragen in die Post-  
zeitungsliste unter Nr. 7265.

gericht in seiner, der Eröffnung des Hauptverfahrens ablehnenden Entscheidung — in Theorie und Praxis so ziemlich Uebereinstimmung, daß die Verjährung von Prekerbeständen nicht erst dann beginnt, wenn das letzte Exemplar der ganzen Auflage verkauft ist, sondern bereits mit dem Beginn der Verbreitung der Druckschrist.

**Die Zeiten ändern sich.** Freiherr v. Kirchbach, der Oberhofmeister der Kaiserin, der gleich dem Herrn v. Marschall sich in die Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlung gestürzt hat, urtheilt als Zeuge im Schmeinhagenprozeß über den Antifemismus und die ihm verwandten Agrarpartien: „Sein Vaterland ist wüste Demagogie; Monarchie, Tyrann und Herrscherhaus bedirrt er mit Rot, sein Christentum ist ein Deckmantel, hinter dem sich die schändlichste Verleumdungslust und fanatische Heßlust gegen Armenthümern birgt.“ Fast zwanzig Jahre hat es gedauert, bis die dem Hofe nahe-  
stehenden Kreise sich zu dieser Erkenntnis aufgeschwungen haben. Und wenn der „große Eiferne“ noch am Kaiser wäre, hätte diese Erkenntnis sich jedenfalls noch keine Bahn brechen können. Denn Bismarck brauchte den Rabau Antifemismus zur Unterstüßung seiner Lügen, Gewalt und Intereessenpolitik.

**Der „Gründer des Deutschen Reiches“.** Wie unglücklich der alte Kaiser Wilhelm an dem gesellschaftlich verbreiteten Märchen ist, daß sein Segnen und Trachten gemein sei, das Verlangen des deutschen Bürgerthums nach Einheit zu erfüllen, das ist an vielen Beispielen, vor allem aber aus den Aufzeichnungen im Tagebuche des Kronprinzen Friedrich Wilhelm sonnenklar bewiesen worden. Jetzt frischen die Zeitungen abermals eine Wiederlegung des Märchens auf durch Ermahnung einer der vielen Voredred, die der verstorbenen Dubois-Regmond im Welschen Wilhelms I. auf die Hohenzollern-Dynastie und ihren angeblichen geschichtlichen Vortrag gehalten hat. Der am 30. Januar 1868 gehaltenen Vortrag des Gelehrten endigt mit folgenden Worten: „Karlsson ist es gelungen, den Grund einer neuen Dynastie zu legen, Friedrich wird, daß sich wir heute bewir, der Gründer des neuen Deutschen Reiches heißen.“ Dieses Wort veranlaßte König Wilhelm, beim Schluß der Rede an Dubois heranzutreten, indem er ihm bedeutete: „Wenn Sie noch einen Schritt weiter gehen würden, so hätte ich den Saal verlassen müssen.“ Diese Aeußerung beweist, wie recht Georg Herwegh hatte, als er in den bekannten preussischen Konfliktproben den König sagen läßt:

„Ich habe nie als Kombiant  
Gehört im deutschen Fache;  
S ist besser, Brechen in der Hand,  
Als Deutschland auf dem Dache.“

**Der Hagende Mohr** hatte eigentlich keine Ursache, den schwer Geprüften zu spielen. Dies zeigt der Gang einer Verhandlung, die in der bekannten Kagezelle des Margarinfabrikanten Mohr am 6. d. M. in Kolmar i. E. gegen die Kolm. Jg. stattfand. Derselbe wurde verurzt, da der Verklagte durch weitere Jugenvernehmung den Wahrheitsbeweis erbringen wollte. Auf Antrag des Verzeibigers wurden in der Verhandlung die Vorklagen des Herrn Mohr aus den Akten verlesen. Daraus ergab sich, daß Herr Mohr zu Anfang der siebziger Jahre in Altona wegen Beamtenbeleidigung zu zehn Jahren Strafe verurteilt worden ist, wegen Verungung einer Urkunde zu sieben Tagen Gefängnis, wegen einfachen Bankrotts (1873) zu drei Tagen Gefängnis, später wegen Vergehens gegen das Bankrechtsmittelgesetz zu 60 M. Geldstrafe und 1896 wegen öffentlicher Beleidigung zu 30 M., außerdem noch zu einigen vierzig Polizeistrafen.

**Von der politischen Polizei in Preußen.** Hans Delbrück erzählt im Erinnerung der Preussischen Jahrbücher über höchste Mängel in der Geschichte der Hohenzollern: Der Oberpräsident v. Senff-Winkel fand eines Tages, als er vom Herrenhaus am Abend in Berlin im Hofe wohnte, 12 Briefe in seinem Kuit in Unordnung und mit frischen Timenfenken verziert. Als er den Kuit darauf stellte, gefand dieser ihm, jedes Wort in Berlin müsse der Polizei auf Verlangen nachschlüssel zu den Streitigkeiten geben und Nachforschungen erlauben, sonst würde ihm die Konfession entzogen! Was blieb Herrn v. Senff übrig? Er legte einen Bettel zu seinen Briefen: „Ich v. Senff v. Senff, von Politziken, wenn Ihr meine Briefe nachsieht, bringe sie wenigstens nicht in Unordnung.“

**Seit bürgerliches Zeitungsjubiläum.** Das Berliner Angeblat hat mit einer sechsechzigjährigen, nur der politischen und geistigen Geschichte der Jahre von 1872—1896 gewidmeten Jubiläumsumnummer am 1. Januar sein 25jähriges Bestehen gefeiert. Zur Kritik dieses „Jubiläum“ ist nun des selbsten Schöwers dienen als der Umstand, daß auf den sechzig großen Jubiläumsschreibern neben langen, langen Artikeln über Militärwesen, Technik, „Wissenschaften“, Vertheilungen und Kunst außer ein paar Seiten über „ge-





